

- 1 **Antrag Ini02/II/2014**
2 **Jusos Berlin**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
4
5 **Sofort handeln: Grundrecht auf Mobilität verwirklichen**
6 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des
7 Senats auf, im Bundesrat gegen die Initiative Bayerns
8 zur Erhöhung des erhöhten Beförderungsentgeltes um
9 50% zu stimmen. Darüber hinaus fordern wir, dass
10 „Schwarzfahren“ kein Straftatbestand mehr sein darf.
11 Wir fordern, diese progressive sozialdemokratische For-
12 derung aufzugreifen, um die massiven Fehlentwicklungen
13 bei der bisherigen Strafverfolgung zu bekämpfen.
14
15
16 **Begründung**
17 **Mobilität für alle**
18 Nicht länger darf es kriminalisiert werden, wenn Men-
19 schen ihr Recht auf Mobilität trotz fehlender materiel-
20 ler Mittel – diffamierend als „Schwarzfahren“ bezeich-
21 net – in Anspruch nehmen. Eine Erhöhung der Strafzah-
22 lungen für „Schwarzfahrer*innen“ trifft besonders die
23 finanziell Schwachen in dieser Stadt.
24 Berlin ist eines der Bundesländer mit der höchsten Ar-
25beitslosenquote in Deutschland, selbst mit dem Berlin-
26pass müssen Hartz IV Empfänger*innen fast 10 % ihres
27 Regelsatzes für das vergünstigte Monatsticket S ausge-
28ben. Darüber hinaus arbeiten in Berlin viele Menschen
29 in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, viele sind
30 sogenannte Aufstocker*innen. Gerade diese Menschen
31 mit einem geringen Einkommen sind es, die am Härtes-
32ten von den Strafzahlungen betroffen sind. Wer schon
33 das Geld nicht hat, um sich ein Ticket kaufen zu kön-
34nen, der hat auch das Geld nicht um die Strafe zu be-
35zahlen. Die Strafzahlungen bringen die Menschen da-
36her nur weiter in Bedrängnis, schlimmstenfalls sogar ins
37 Gefängnis.
38 Hier sollte nicht nach schärferen Strafen sondern nach
39 neuen Wegen der Finanzierung des öffentlichen Perso-
40nennahverkehrs, verteilt auf alle Teile der Gesellschaft,
41 gesucht werden.
42
43 **Haft wegen „Schwarzfahrens“ vergrößert die zugrun-**
44 **deliegenden Probleme**
45 Während Falschparken als eine Ordnungswidrigkeit be-
46handelt wird, sitzen viele Menschen in Berliner Haft-
47anstalten wegen „Schwarzfahrens“. In der Justizvoll-
48zugsanstalt Plötzensee saß zeitweise jede*r Dritte seine
49 (Ersatz-) Freiheitsstrafe ab, weil er*sie in der Regel die
50 Geldstrafe nicht begleichen konnte. Zur Resozialisation
51 sind diese kurzen Haftzeiten ohnehin nicht geeignet.
52 Auch lässt sich die Haft nicht wohl kaum aus general-
53präventiven Aspekten, also zum Schutz der Allgemeinheit
54 vor gefährlichen Straftäter*innen, begründen. Die
55 teure Haft löst daher kein Problem, sondern verschärft
56 sie!
57
58 **Strafrecht richtig verstehen**
59 Von der Strafbarkeit des Erschleichens von Leistungen

Kein Initiativcharakter – nicht zugelassen

1 nach § 265a StGB muss der Bereich der öffentlichen Ver-
2 kehrsmittel ausgenommen werden. Außerdem können
3 weiterhin zivilrechtliche Ansprüche geltend gemacht
4 werden. In sozialdemokratischer Tradition sollten ge-
5 ringste Delikte entkriminalisiert werden. Viele Forde-
6 rungen nach höheren Strafen sollen nur von gesell-
7 schaftlichen Missständen ablenken. Soziale Ungleich-
8 heit darf nicht zur Kriminalisierung genutzt werden.
9 Das Strafrecht soll stattdessen elementare Werte des
10 Gemeinschaftslebens schützen. Das „Schwarzfahren“
11 bedroht sie hingegen nicht!

12 Die Bundestagsfraktion und das Land Berlin müssen
13 umgehend auf Bundesebene das Gesetz ändern lassen.
14 Dazu gehört es, die Allgemeinen Geschäftsbedingun-
15 gen (AGB) der Berliner Verkehrsbetriebe so zu ändern,
16 dass lediglich das „erhöhte Beförderungsentgelt“ erho-
17 ben wird und keine weiteren strafrechtlichen Maßnah-
18 men ergriffen werden.

19

20 **Mobilität für alle ermöglichen**

21 Weil wir ein Grundrecht auf Mobilität anerkennen, for-
22 dern wir, dass jede*r das Berliner Nahverkehrsnetz nut-
23 zen können muss. Dieser Anspruch ist noch – trotz
24 „berlinpass“ – nicht ausreichend erfüllt. Zudem ist der
25 Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) das Fortbewe-
26 gungssystem der Zukunft. Wir setzen uns deshalb für
27 Modelle ein, in denen die Kosten für den ÖPNV von der
28 Gemeinschaft entweder für alle oder für Personen, die
29 sie ihn sich sonst nicht leisten könnten, übernommen
30 werden. Nur müssen wir sofort anfangen, das Problem
31 anzugehen!